

Gute Bildung in einer solidarischen Stadt

Fachkräftesicherung und -verteilung an Schulen und Kitas in unserer wachsenden Stadt

Noch am Anfang dieses Jahrtausend haben die Wissenschaftler für die Stadt Berlin deutlich sinkende Bevölkerungszahlen prognostiziert. In vielen Ortsteilen sind sogar Schulen geschlossen, Erzieherinnen und Erzieher entlassen worden. Wenige Jahre später können wir feststellen: das Gegenteil ist eingetreten. Berlin hat wirtschaftlich einen Sprung nach vorn gemacht und ist zu einer Weltmetropole geworden, die nicht nur für Millionen von Touristinnen und Touristen attraktiv ist. Jedes Jahr entstehen zehntausende neue Arbeitsplätze. Berlin ist attraktiv! Berlin wächst! Und weil Berlin mit einem gebührenfreien und qualitativ guten Bildungs- und Betreuungssystem Maßstäbe gesetzt hat, kommen auch mehr Menschen mit Kindern oder entscheiden sich in Berlin eine Familie zu gründen.

Diesen Herausforderungen stellen wir uns seit Jahren. Allein in den letzten 5 Jahren sind über 40.000 Kita-Plätze und 23.000 Schulplätze neu entstanden. Der Anstieg bei den Geburten und die wachsende Schülerzahl erzeugt jedoch nicht nur einen Mehrbedarf an Räumen, sondern auch an pädagogischen Fachkräften. Die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher, die in Berlin arbeiten, ist daher in den letzten 5 Jahren um ca. 5.500 gestiegen, die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer von ca. 23.000 auf fast 27.000. Der aktuelle Haushaltsplan sieht fast 2000 zusätzliche Lehrkräfte vor und dies ist nicht nur auf die wachsende Stadt zurückzuführen, sondern auch auf eine kontinuierliche Verbesserung der Qualität an den Berliner Schulen.

Diese kontinuierliche Steigerung der Qualität bei gleichzeitig steigenden Bedarfen durch die wachsende Stadt ist wichtig und richtig. Aber in Zeiten eines bundesweiten Fachkräftemangels bringen die qualitätsfördernden Maßnahmen Berlin auch an die Grenzen der Belastbarkeit. Dem Mangel an Fachkräften treten wir mit stark erhöhten Ausbildungskapazitäten sowie durch gute Bezahlung für alle Lehrkräfte entgegen. In den kommenden Jahren wird Berlin dennoch seinen Lehrkräftebedarf in erheblichem Maße auch durch Quereinsteigende decken müssen. Im Bewusstsein dessen haben wir als Fraktion ein 60 Millionen Euro-Paket auf den Weg gebracht, das zur Qualitätssicherung beim Einsatz der Quereinsteigenden führen wird. Die zusätzliche Betreuung und niedrigere Stundenbelastung der Quereinsteigenden stellen sicher, dass sie am Ende ihrer Ausbildung alle qualitativen Ansprüche an Lehrkräfte erfüllen. Im Kitabereich wird es Anleitungsstunden geben, um die Einarbeitung zu gewährleisten und die Kolleginnen und Kollegen zu entlasten. Umschulungen werden durch die Jobcenter finanziert.

Darüber hinaus sind aktuell eine Reihe Fragen offen: An welchen politischen Zielen halten wir trotz Fachkräftemangel fest und wo sind Kompromisse sinnvoll? Werden uns mehr Anreize für Lehrkräfte oder eine Flexibilisierung der Ausbildung beim Lehrkräftemangel helfen? Und welche Schulen müssen die zusätzliche Belastung der Quereinsteigerausbildung umsetzen? Werden Quereinsteiger und multiprofessionale Teams den Fachkräftemangel beheben? Wie lange sind Überbelegungen von Kitagruppen zu tolerieren? Werden

finanzielle Anreize, wie eine höhere Eingruppierung der Erziehungsberufe das Interesse am Erziehungsberuf steigern? Im Folgenden werden wir die Positionierung der SPD-Fraktion in einigen dieser Kernfragen wiedergeben. Wir sind davon überzeugt, dass die wichtigsten Stellschrauben in Zeiten geringer Fachkräftekapazitäten die Verteilung der verfügbaren Ressourcen in der Stadt sind. Und wir sagen nach wie vor: Die härtesten Kieze brauchen die besten Lehrer.

Steigerung der Klassenfrequenzen in Schulen oder Absenkung der Stundentafel sind keine Wege – zusätzliche Anerkennung von Fachkräften

Die leichtesten Wege mit Fachkräftemangel umzugehen, wären die Erhöhung der Klassenfrequenzen oder die Senkung der Stundentafel. Die SPD-Fraktion lehnt diese Wege mit Blick auf die qualitativen Einbußen ab. Unser Ziel muss es bleiben, trotz wachsender Stadt die Klassenfrequenzen zu halten und perspektivisch an Schulen in Brennpunkten zu reduzieren. Denn je heterogener die Klasse, desto wichtiger ist auch ein guter Lehrkraft-Schüler-Schlüssel. Und mit Blick auf dieses Ziel haben wir die maximal vertretbaren Klassengrößen bereits erreicht.

Auch im Kita-Bereich führt die Absenkung des Betreuungsschlüssels bei den 0-3-jährigen, der Anspruch auf 7 Stunden, sowie der spätere Einschulungszeitraum zu einer angespannten Situation. Allerdings wäre die Rücknahme der Qualitätsverbesserungen keine adäquate Antwort. Vielmehr muss der Weg über die Öffnung zur Anerkennung zusätzlich geeigneter Kräfte, die Förderung des Quereinstiegs und der erleichterte Zugang der Ausbildung erfolgen.

Der Lehrerberuf ist finanziell attraktiv – der Erziehungsberuf muss es werden

Die hohe Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrern machen wir bei ihrer Bezahlung deutlich. Die vergangenen Jahre sind in Berlin durch viele Erfolge bei der Steigerung der finanziellen Attraktivität des Lehrberufs gekennzeichnet, wie hohe Einstiegsstufen sowie zuletzt die Gleichstellung der Grundschullehrkräfte. Unser Ziel ist es, noch in dieser Wahlperiode auch den weiteren Fachkräften, allen voran den Erzieherinnen und Erziehern, diese Wertschätzung in Form von finanzieller Besserstellung zu gewähren, denn deren Arbeit, egal ob in der Kita oder im Ganztage, ist ein Schlüsselement guter Bildung in Berlin. Dazu gilt es bei den anstehenden Tarifverhandlungen, die Lücke zwischen dem TV-L und dem TVöD zu schließen. Mittelfristig ist mit den kommenden Haushaltsverhandlungen eine höhere tarifvertragliche Eingruppierung der Sozial- und Erzieherberufe zu erzielen.

Steigerung der Anzahl der EinsteigerInnen – alle Spielräume ausnutzen

Wer mehr Fachkräfte braucht, muss mehr Fachkräfte ausbilden. Dies gilt für Lehrkräfte in gleichem Maße, wie für Erzieherinnen und Erzieher. Hierfür ist seit dieser Legislatur mit der Verdopplung der Studienplätze auf 2000 pro Jahr im neuen Berliner Hochschulvertrag und der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Erziehschulen der richtige Rahmen gesetzt.

Aber die Verdoppelung der Studienplätze allein macht noch keine Studierwilligen und der Ausbau der Kapazitäten ist kein Selbstläufer. Auch an den Universitäten fehlen Lehrgebäude und die Studienangebote brauchen selbst Ressourcen wie Sportflächen und vieles mehr, die ihnen zum Teil die Stadt zur Verfügung stellen muss. Alle Hindernisse, die den Hochschulen die Ausbildung der Lehrkräfte erschweren, müssen identifiziert und durch effektive Zusammenarbeit von Hochschulen und Verwaltung schnell behoben werden.

Das Lehrkräftebildungsgesetz der vergangenen Legislaturperiode ist ein wegweisendes und modernes Gesetz. Trotzdem muss es unter den Aspekten Studierbarkeit, studienverlängernde Faktoren und Abschreckung vom Studium eigentlich geeigneter Bewerber*innen untersucht werden. Ebenso muss evaluiert werden, ob Hochschullehrkräfte ihre Zeit optimal einzusetzen im Stande sind oder durch Bürokratie oder zeitfressende Aufgaben in ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit unangemessen behindert werden. Auch für in der Lehrkräftebildung tätige Dozent*innen muss die Einheit von Forschung und Lehre gewahrt bleiben, damit moderne auf neuestem Forschungsstand stehende Lehre gewährleistet ist und das Studium den universitären Charakter behält.

Wir als Fraktion werden den Dialog mit den Studierenden, den Vizepräsident*innen Lehre und den Schools of Education verstärkt führen, um gemeinsam Antworten auf diese Fragen zu finden.

Um eine mittelfristige Bindung der Absolvent*innen an Berlin zu erreichen und die Bereitschaft zu erhöhen, in sozialen Brennpunkten zu unterrichten sind kreative Maßnahmen schon im Rahmen der universitären Ausbildung hinaus zu entwickeln. Im aktuellen Haushalt haben wir deshalb Stipendien für Studierende des Quereinstiegs-Masters in MINT-Fächern verankert: die Stipendien ermöglichen es den Studierenden sich trotz anderer Bachelor-Abschlüsse schon im Master bewusst fürs Lehramt zu entscheiden.

Um günstigen Wohnraum für Studierende in Uninähe bereit zu stellen, sind noch einmal alle Flächen auf Eignung zu überprüfen, auch für mögliche Containerstandorte z.B. auf Parkflächen, Dächern und Baulücken.

Neben den schon aktiven Wohnungsbaugesellschaften soll auch das Studierendenwerk in die Lage versetzt werden einen Beitrag zur Wohnraumversorgung zu leisten.

Ein weiteres gutes Beispiel für potentielle Spielräume nach dem Studium sind die Regelungen zu den sogenannten „Ein-Fach-Lehrern“, z.B: bei Lehrkräften aus dem Ausland oder beim Quereinstieg. Wir unterstützen die Bestrebungen des Senats, sich in der Kultusministerkonferenz (KMK) für eine Anerkennung einzusetzen und fordern den Senat auf jetzt schon dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und individuelle Lösungen zur

Einstellung der Lehrkräfte aus dem Ausland zu prüfen über den Einsatz im herkunftssprachlichen Unterricht und an Europa-Schulen hinaus. Genauso verhält es sich beim Einsatz von Quereinsteigenden: Um die großen Hürden, die durch das Nachstudieren eines zweiten Fachs entstehen, zu verringern fordern wir den Senat auf, Quereinsteigenden mit nur einem Fach erleichterten Einstieg in den Schuleinsatz zu ermöglichen.

Quereinsteigende sind ein entscheidender Baustein für die Fachkräftesicherung an Schulen und Kitas. Daher ist die Qualitätssicherung bei ihrer Ausbildung ganz entscheidend, auch damit sie ihre dauerhafte Rolle im Bildungssystem erfüllen können. Mit dem aktuellen Haushalt hat sich die SPD-Fraktion eindeutig zur Steigerung der Qualität bei der Ausbildung der Quereinsteigenden eingesetzt. Ein essenzieller Bestandteil des Pakets ist die Absenkung der Unterrichtsverantwortung für Quereinsteigende von 19 auf 17 Stunden pro Woche.

In Zeiten von Fachkräftemangel, der über den durch Quereinsteigende zu deckenden Bedarf hinausgeht, erzeugt die Stundenabsenkung für Quereinsteigende eine zusätzliche Lücke in der Unterrichtsversorgung, die nicht zu verantworten wäre. Die Stundenabsenkung ist daher schrittweise einzuführen, die dadurch freigesetzten finanziellen Mittel sind als zusätzliche Mittel Schulen zur Verfügung zu stellen, die besonders stark unter Fachkräftemangel leiden.

Verteilung der Bildungsressourcen in der Stadt ist das Kernstück sozialdemokratischer Bildungspolitik

Ressourcenpolitik an Schulen umfasst nicht nur die Gewinnung möglichst vieler Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher für Berliner Schulen und Kitas, sondern auch eine Steuerung der vorhandenen Ressourcen innerhalb der Stadt:

Abordnungen von Fachkräften aus Schulen, sowohl an die Senatsverwaltung für Bildung als auch an etwaige externe Stellen, müssen kritisch geprüft und ggf. rückgängig gemacht werden. Hierbei unterstützen wir den bisher von der Senatsverwaltung eingeschlagenen Weg und sehen bei pädagogischer Notwendigkeit auch unsere Verantwortung bei der Schließung der entstehenden personellen Lücken.

Eine weitere Ressource bilden Stellenanteile, die Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden für besondere Aufgaben, wie Inklusion und Sprachförderung. Der Erfolg der Inklusion wird vor allem am erfolgreichen Zusammenleben in der Praxis deutlich. Daher muss jeder weitere Fortschritt der Inklusion verantwortungsbewusst gestaltet werden im Einklang mit den verfügbaren Ressourcen. Wir unterstützen den Weg des Senats, die Inklusion weiter behutsam umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Ein weiteres gutes Beispiel bilden die Stellen zur Sprachförderung, die Schulen mit hohem Anteil von Schülern nicht-deutscher Herkunft zur Verfügung stehen, um für besondere Unterstützung durch Doppelbesetzung des Unterrichts etc. zu sorgen. Die Realität zeigt uns, dass diese Ressourcen allerdings jetzt schon in vielen Fällen als Vertretungsreserve genutzt werden. Dass die Schulen diese Möglichkeit nutzen, ist angesichts des Mangels an Fachkräften in Brennpunkten als Übergangslösung nicht zu vermeiden. Entscheidend ist dabei, dass die zusätzlichen Ressourcen auch weiterhin den Schulen dienen, denen sie zugewiesen sind, sowie perspektivisch für die ursprünglich angedachten Zwecke genutzt werden, wie z.B. Sprachförderung. In der Zwischenzeit ist es notwendig, die entstandenen Lücken in der Förderung durch ergänzende Maßnahmen zu füllen, z.B. durch SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen oder Verwaltungsleitungskräfte

Unsere besondere Sorge gilt der Verteilung der neu einzustellenden Fachkräfte. Eine dem Käufermarkt überlassene Personalverteilung an Schulen wird gerade in Zeiten des Mangels zum Nachteil der Brennpunkte ausfallen: Gut ausgebildete Lehrkräfte werden mehrheitlich an Schulen in bürgerlichen Kiezen gehen, während die Herausforderung der Ausbildung der Quereinsteigenden sowie die Herausforderung der unbesetzten Stellen mit voller Härte auf die Brennpunkte einschlagen wird.

Daher unterstützen wir eine aktive Personalpolitik des Senats, die die Verantwortung für die Ausbildung der Quereinsteigenden verteilt und die Verteilung der neu einzustellenden Kräfte stärker steuert. Damit gewähren wir eine solidarische Teilung der Verantwortung in der Stadt.

Damit gut ausgebildeten Lehrkräfte und ErzieherInnen auch gerne an unsere Brennpunktschulen gehen und die Mehrbelastung an den Schulen annehmen, wollen wir deren Einsatz besonders wertschätzen. In den Jahren des Fachkräftemangels werden wir das durch finanzielle Zulagen machen und hoffen auch, dass die finanzielle Zulage einen Anreiz für neue Lehrkräfte und ErzieherInnen bildet an die betroffenen Schulen zu kommen. Unser Ziel bleibt jedoch die Entlastung der Lehrkräfte in Brennpunkten, so dass wir das Geld, das wir in den nächsten Jahren für die finanzielle Zulage verwenden werden, für Stundenentlastung einsetzen werden, sobald sich die Fachkräftesituation entspannt.